"Mit dem Fremdarbeiterstopp und den Konjunkturbeschlüssen..."

Autor(en): **Senti, Richard**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **53 (1974)**

Heft 10

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338887

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

heutigen Zeitpunkt mit Sicherheit als reine Wahltaktik ausgelegt würde und dass dies jetzt nur «von einem Nebenposten aus angepackt» werden kann. Gerade einen «Nebenposten» sehen wir aber im Komitee der Mitenand-Initiative, keinesfalls jedoch in einer sozialdemokratischen Tageszeitung!

Bringt man zum Schluss das Urteil über die beiden Initiativen auf eine etwas vergröbernde Formel, so könnte man sagen: die Mitenand-Initiative löst die humanitären Fragen des Ausländerproblems, enthält aber die Möglichkeit einer zeitlich verzögerten Stabilisierung; die TW-Initiative löst das Stabilisierungsproblem, bietet aber schwere, für eine Politik aus sozialdemokratischer Sicht unannehmbare Lücken in den Menschenrechtsgarantien.

Unsere Politik muss deshalb eine Unterstützung des «Nebenpostens» der Mitenand-Initiative sein, flankiert von resoluten politischen Vorstössen zu einer wirksameren, rascheren Stabilisierung. Nur ein einwandfreies Bekenntnis zu den Menschenrechten wird uns das moralische Rückgrat zur Durchsetzung stabilerer Verhältnisse verleihen!

Ausländerkommission der SP und des
Gewerkschaftskartells Basel-Stadt

Mit dem Fremdarbeiterstopp und den Konjunkturbeschlüssen vollzog der Bundesrat eine wirtschaftspolitische Kehrtwendung. Bis zu Beginn der sechziger Jahre waren seine Bestrebungen dahin gegangen, das Angebot möglichst zu erhöhen, um die ständig zunehmende In- und Auslandnachfrage zu befriedigen. Mit Rücksicht auf die inflatorischen Gefahren der angespannten Arbeits- und Kapitalmarktsituation empfahl die Regierung sogar, auf dem Waren- wie auf dem Arbeitsmarkt eine Politik der «offenen Tür» zu betreiben. In der Folge erhöhte sich der Zustrom von Fremdarbeitern; der Bestand Kontrollpflichtiger überschritt im Jahre 1961 die halbe Millionengrenze. Gleichzeitig stiegen die privaten Kapitalimporte bis zu 3 Milliarden Franken jährlich. Diese expansive Wirtschaftspolitik löste notgedrungen zusätzliche Sekundärinvestitionen (Ausbau der Infrastruktur) aus, so dass der Nachfrageüberhang trotz und zum Teil gerade wegen der Angebotssteigerung weiterhin überaus gross blieb. Die damaligen Äusserungen des Bundesrates und der Studienkommission des BIGA lassen vermuten, dass man das Problem der Überfremdung und der konjunkturellen Überhitzung wirklich nicht sah oder nicht sehen wollte.

Richard Senti in «Die staatliche Wirtschaftspolitik»
(aus dem Band «Die Schweiz seit 1945»)